

# First Things First, das Programm der Jungen Liberalen zur Bundestagswahl 2025

## Kapitel 1, ein Land, in dem der Wirtschaftsmotor läuft.

Wir Junge Liberale wollen das Wirtschaftswachstum in Deutschland entfesseln. Dazu glauben wir an die Menschen und daran, dass sie Freiräume kreativ und zielführend nutzen, um das Land nach vorne zu bringen.

Deshalb fordern wir die **Vollendung des europäischen Binnenmarkts, der Banken sowie der Kapitalmarktunion.**

- Ein vollständiger Binnenmarkt würde Handelshürden abbauen und grenzüberschreitenden Handel erleichtern. Das steigert das Wirtschaftswachstum, fördert Innovation und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit Europas gegenüber globalen Märkten wie den USA oder China.
- Ein einheitlicher Markt erleichtert das jungen Menschen. Überall in der EU zu arbeiten, sich weiterzubilden und von besseren Jobmöglichkeiten zu profitieren.
- Es schafft Transparenz durch einheitliche Standards und schützt Verbraucher.

### Die Banken- und Kapitalmarktunion

- verhindert, dass nationale Banken Krisen die gesamte EU-Wirtschaft destabilisieren. Durch ein gemeinsames Regelwerk wird das Risiko vom Bankpleiten verringert.
- **Eine Kapitalmarktunion** eröffnet Unternehmen, insbesondere Start-ups, mehr Finanzierungsmöglichkeiten. Das stärkt innovative Branchen und schafft langfristig Arbeitsplätze.
- Eine starke Banken und Kapitalmarktunion macht Europa unabhängiger von internationalen Finanzmärkten und stärkt die eigene Handlungsfähigkeit etwa gegenüber den USA oder China.“

### Das One-In-Two-Out-Prinzip

- zwingt die Politik zu einer kritischen Prüfung bestehender Regelung. Anstatt ständig neue Bürokratie zu schaffen, wird die Verwaltung entschlaggt. Das fördert Rechtsklarheit und Planbarkeit.
- Weniger Bürokratie bedeutet, dass Unternehmen, Selbstständige und Bürgerinnen und Bürger mehr Zeit und Ressourcen in Produktivität, Innovation und gesellschaftliches Engagement investieren können. Länder wie Großbritannien haben bereits erfolgreich ähnliche Prinzipien eingeführt und damit messbare Erfolge in der Bürokratieentlastung erzielt.

### Das Once-Only-Prinzip

- führt zu Zeit- und Kostenersparnis für Bürgerinnen und Bürger bei nur einmaliger Eingabe ihrer Daten. Dies minimiert das Risiko von Datenpannen, da nicht jede Behörde ständig für sich selbst neue Daten heben muss. So gelingt ein serviceorientierter Staat durch effizientere Abläufe.

### **Wir wollen die Bonpflicht abschaffen,**

- denn es gibt keine empirischen Beweise, dass die Bonpflicht tatsächlich Steuerbetrug verhindert. Besonders kleine Betriebe wie Bäckereien oder Kioske werden durch die Bonpflicht finanziell und bürokratisch belastet.
- Die Bonpflicht erzeugt Milliarden von Bonds aus Thermopapier, das weder recycelbar noch umweltfreundlich ist. Eine Abschaffung wäre also zudem auch ein Beitrag zum Umweltschutz.

### **Wir fordern einen einheitlichen Mehrwertsteuersatz.**

- Denn unterschiedliche Mehrwertsteuersätze verzerren den Wettbewerb und führen zu Ungerechtigkeiten zwischen den Branchen. Ein einheitlicher Satz sorgt für Fairness und stärkt den Wettbewerb. Länder wie Dänemark zeigen, dass ein einheitlicher Steuersatz nicht nur einfacher zu handhaben ist, sondern auch höhere Staatseinnahmen generieren kann. Unterschiedliche Steuersätze sorgen für hohe Verwaltungskosten in den Unternehmen und sind schwer verständlich. Ein einheitlicher Satz würde einen bürokratischen Aufwand reduzieren.

### **Wir wollen das Lieferkettengesetz abschaffen.**

- hier haben wir einen klassischen Fall von „gut gemeint ist nicht gut gemacht“. Das Lieferkettengesetz erweist Ländern mit prekären Arbeitsverhältnissen einen Bärendienst, da zu strenge und bürokratische Vorgaben den europäischen Wirtschaftsraum unattraktiv machen und damit unternehmende Länder mit geringerer Regulierung treiben.
- Unser Gegenvorschlag ist also ein **Fokus auf positive Anreize statt Verbote**. Nachhaltigkeit sollte durch Anreize wie steuerliche Vorteile gefördert werden, nicht durch überbordende Bürokratie.
- Innovationen in nachhaltige Produktionen werden durch übermäßige Pflichten ausgebremst.
- **Wichtig ist:** kleine und mittlere Unternehmen sind durch das Lieferkettengesetz und die Berichterstattungspflichten massiv belastet, obwohl sie keinen wesentlichen Einfluss auf globale Lieferketten haben.

### **Wir brauchen eine Sonderregelung für KI-Trainingsdaten.**

- Hierbei handelt es sich etwa nicht um personenbezogene Daten. Länder wie Japan haben bereits ähnliche Ausnahmeregelungen eingeführt, wodurch dort KI-Forschung und Innovationen schneller voranschreiten.
- Die Verfügbarkeit von hochwertigen Trainingsdaten ist entscheidend für die Entwicklung von KI-Systemen.
- Der Zugang zu diesen Daten muss erleichtert werden, damit Europa im globalen KI-Wettbewerb nicht abgehängt wird.
- Aktuelle Urheberrechtsregelungen behindern die Forschung, weil Entwicklerinnen und Entwickler teuren und langwierigen Lizenzierungsprozessen unterworfen sind. Eine

urheberrechtliche Ausnahme für KI-Unnutzung würde den Innovationsprozess beschleunigen.

- Dazu braucht es **ein Open Data Warehouse**. Das heißt, Daten, die von öffentlichen Einrichtungen verarbeitet werden, sollten frei zugänglich sein, um Innovationen zu fördern und die Transparenz staatlicher Prozesse zu erhöhen.

Auch den **AI Act wollen wir reformieren**.

- Anstatt KI pauschal zu regulieren, sollte der AI Act nur auf tatsächlich risikoreiche Anwendungen abzielen. Bürokratische Hürden für unkritische KI-Anwendungen müssen abgebaut werden.
- Nur durch eine entschlackte Regulierung kann Europa im KI-Bereich mit globalen Playern wie den USA oder China mithalten.

Wir wollen **Gründungen digital, papierlos und an einem Tag ermöglichen**.

- Bürokratische Hürden schrecken viele potenzielle Gründerinnen und Gründer ab. Ein digitaler und papierloser Gründungsprozess innerhalb eines Tages reduziert diese Hürden erheblich.
- Länder wie Estland zeigen, dass schnelle und digitale Gründungsverfahren einen Standort im internationalen Vergleich deutlich attraktiver machen.
- Einfache Gründungsprozesse schaffen Anreize für mehr Unternehmertum, was langfristig zu mehr Arbeitsplätzen und zu wirtschaftlichem Wachstum führt.

Wir wollen ein **bürokratiefreies Jahr für Start-ups**.

- Innovation braucht Gründerkultur. Ein bürokratiefreies erstes Jahr gibt Gründerinnen und Gründern die Möglichkeit, sich auf den Aufbau ihres Unternehmens zu konzentrieren, ohne von bürokratischen Auflagen ausgebreizt zu werden.
- Besonders in der Anfangsphase sind viele Start-ups mit hohen Risiken konfrontiert. Bürokratiefreiheit verringert diese Belastung.

Wir müssen **Mitarbeiterkapitalbeteiligung vereinfachen**.

- Einfachere Beteiligungsmodelle machen es jungen Unternehmen leichter, qualifizierte Mitarbeitende zu gewinnen und langfristig an sich zu binden.
- So profitieren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter frühzeitig und direkt vom Erfolg der eigenen Arbeit.
- Ein klarer, rechtssicherer Rahmen ohne notarielle Beglaubigungspflicht und ohne gesellschaftsrechtliche Einflüsse macht Beteiligung für beide Seiten attraktiver.

Wir brauchen **Technologietransfer aus Hochschulen**.

- Wir müssen Gründergeist fördern, ohne akademische Laufbahnen zu gefährden.
- **Zwei Bafög finanzierte Gründungssemester** geben Studierenden die Möglichkeit, innovative Geschäftsideen zu entwickeln und umzusetzen.
- **Eine Open Access und Open Data Pflicht** für staatlich geförderte Forschung stellt sicher, dass Forschungsergebnisse der gesamten Gesellschaft zugutekommen.

- **Ein Gründungssebettical für Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen** gibt die Chance, ihre Forschungsergebnisse zu kommerzialisieren, ohne ihre akademische Laufbahn zu gefährden.
- Dazu sollte die Vergabe von Professuren auch Transfer und Gründungsaktivitäten berücksichtigen, um Unternehmergeist in Hochschulen zu fördern.
- Wir fordern einen **Ausbau des Exist-Gründungsstipendiums**. Der Zugang zum Exist-Gründungsstipendium sollte auch Absolventinnen und Absolventen der beruflichen Bildung offenstehen, um das Gründungspotenzial in diesem Bereich zu heben.

#### Wir wollen den **Kammerzwang abschaffen**.

- Der Kammerzwang stellt für viele Gründerinnen und Gründer eine unnötige finanzielle und bürokratische Belastung dar.
- Die Abschaffung würde insbesondere kleinen Unternehmen zugutekommen.
- Unternehmerinnen und Unternehmer sollten selbstständig entscheiden können, ob sie Mitglied einer Kammer werden möchten. Zwangsmitgliedschaften stehen im Widerspruch zur freien Berufsausübung.

#### **Selbstständigkeit nicht bestrafen.**

- Das aktuelle Status-Feststellungsverfahren wird von der Deutschen Rentenversicherung durchgeführt, die ein Eigeninteresse daran hat, Selbstständige als Scheinselbstständige einzustufen. Eine neutrale Prüfstelle ohne eigene wirtschaftliche Interessen würde mehr Objektivität und Gerechtigkeit sicherstellen.
- Viele Freelancerinnen und Freelancer arbeiten in einem rechtlichen Graubereich und riskieren hohe Nachzahlungen oder Statusänderungen. Ein reformiertes Verfahren würde Klarheit schaffen und Risiken minimieren.
- **Unser Gegenvorschlag sind Positivkriterien.**
  - Positivkriterien wie ein Mindesthonorar und eine nachweisbare Altersvorsorge schaffen klare Kriterien für die Abgrenzung zwischen selbstständiger Tätigkeit und abhängiger Beschäftigung.
  - Selbstständige tragen ein hohes Maß an Eigenverantwortung. Wenn nachweislich wirtschaftlich unabhängig ist und für seine Altersvorsorge sorgt, sollte nicht als scheinselbstständig eingestuft werden.
  - Unsicherheiten rund um den Status der Selbstständigkeit schrecken viele potenzielle Freelancerinnen und Freelancer ab. Klare und positive Kriterien fördern den Mut zur Selbstständigkeit und stärken damit unsere Wirtschaft.

#### Wir fordern eine **vereinfachte Fachkräftezuwanderung**.

- Wir wollen die **europäische Blue Card für mehr nicht akademische Fachkräfte** öffnen und die unpraktikablen Verdienstuntergrenzen abschaffen.
- Das Punktesystem der Deutschen Chancenkarte wollen wir nach kanadischem Vorbild weiterentwickeln, um die Qualifikation und Integrationsfähigkeit von Fachkräften möglichst zielgenau abbilden zu können. Einwanderer mit besonders vielen Punkten sollen sich für befristete Steuererleichterungen qualifizieren.

- Für die Absolventen der weltweit besten 200 Universitäten wollen wir sogar nach niederländischem Vorbild ein pauschales **einjähriges Orientierungsvisum** inklusive bedingungsloser Arbeitserlaubnis einführen. Die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse wollen wir endlich in einer zentralen bundesweiten Anerkennungsstelle bündeln.
- Die **Visa-Stellen** wollen wir von den Auslandsvertretungen **ins Inland verschieben**, um sie hier im Bundesamt für auswärtige Angelegenheiten anzusiedeln und wirksam aufstocken zu können. So sparen wir Kosten und bekämpfen das Problem der Fachkräftegewinnung an seinem Flaschenhals.
- Das **beschleunigte Fachkräfteverfahren** wollen wir auf Basis der bestehenden Datenbank von anerkannten Abschlüssen und unter Zuhilfenahme von KI **vollständig automatisieren**, indem wir kooperierende Hochschulen eine Echtzeit-Authentifizierung ihrer Absolventen zur Verfügung stellen.

Wir fordern eine **Reform des Strommarkts**, um wettbewerbsfähige Preise sowie Versorgungssicherheit zu garantieren.

- Dafür brauchen wir eine **Beibehaltung des Merit-Order-Prinzipes**. Die Merit-Order hat sich als ein effektives marktwirtschaftliches Prinzip zur Preisbildung am Strommarkt bewährt. Sie sorgt dafür, dass Kraftwerke mit den niedrigsten Grenzkosten zuerst ihren Strom einspeisen dürfen, was grundsätzlich zu wettbewerbsfähigen Preisen führt.
- Eine **Reform der Netzentgelte** kann zu einer gerechteren Verteilung der Kosten führen. Ab 2025 werden die Netzentgelte bundesweit neu berechnet, was zu sinkenden Preisen in den Regionen mit starkem Ausbau erneuerbarer Energien führen wird. Das entspricht dem Ziel, die Gesamtsystemkosten für alle Nutzer zu senken.
- Eine **Regionalisierung des Stromnetzes** wird dazu beitragen, die lokalen Gegebenheiten besser zu berücksichtigen und die Netzstabilität zu verbessern. Dies ist besonders wichtig angesichts der zunehmenden Einspeisung von erneuerbaren Energien, die oft regional konzentriert sind.
- Ein **schnellerer und großflächiger Ausbau des Stromnetzes** ist entscheidend für die Integration erneuerbarer Energien und die Gewährleistung von Versorgungssicherheit. **Vereinfachte Genehmigungsverfahren** können diesen Prozess beschleunigen.
- Ein **schnellerer Smart Meter Rollout** ermöglicht eine effiziente digitale Steuerung der Netzstabilität und unterstützt die Sektorenkopplung. Dies kann zu einer besseren Laststeuerung und Energieeffizienz führen.
- Der **Abbau von Subventionen** wird zu mehr Wettbewerb und Innovationen führen. Die **Abschaffung der EEG-Einspeisevergütung** wird den Markt für erneuerbare Energien stärker dem Wettbewerb aussetzen und langfristig zu effizienteren Lösungen führen.

Ein **marktorientierter Ansatz für Kernenergie**, bei dem Betreiber die vollen Kosten tragen, entspricht dem Prinzip der Verursachergerechtigkeit.

- Dies ermöglicht eine faire Bewertung der Kernenergie im Vergleich zu anderen Energiequellen.

- Die Unterstützung von Forschung und Demonstratoren im Bereich Kernfusion wird langfristig zu neuen, möglicherweise kostengünstigeren und saubereren Energiequellen führen.

#### Wir fordern den **Abbau von Subventionen und Bürokratie in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft.**

- Der schrittweise Abbau der europäischen Agrarsubvention über zehn Jahre wird zu mehr Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz in der Landwirtschaft führen. Studien zeigen, dass Subventionen oft ineffizient sind und Innovationen hemmen.
- Auf der anderen Seite fordern wir einen Paradigmenwechsel im agrar- und ordnungspolitischen System.
  - Konkret bedeutet dies etwa die **Abschaffung von Kontrollen und Sanktionen für Betriebe unter zehn Hektar**, was etwa ein Viertel der deutschen Betriebe betrifft. Der Normkontrollrat schlägt darüber hinaus ein konkretes monetäres Ziel für den Bürokratieabbau in der Landwirtschaft vor, beispielsweise eine Entlastung von 500 Millionen Euro jährlich.

#### Wir brauchen eine **Stärkung der Wasserstoff- und Erdgasindustrie.**

- Die EU in Ägypten haben bereits eine Wasserstoffpartnerschaft für den Mittelmeerraum vereinbart, um Investitionen in erneuerbare Energien und Wasserstoffinfrastruktur zu fördern. Eine **ähnliche Partnerschaft mit Israel** könnte diesen Ansatz erweitern und die regionale Zusammenarbeit stärken. Die USA haben Pläne für Pipelines bereits angekündigt, die sauberen Wasserstoff von Israel nach Europa liefern sollen. Dies zeigt das Potenzial für internationale Kooperationen im Bereich Wasserstoff.
- Zudem fordern wir die verstärkte Nutzung von öffentlich-privaten Partnerschaften, kurz ÖPP. ÖPPs können zu einer schnelleren Projektabwicklung und über der durchschnittlichen Ausführungsqualität führen.

#### Wir setzen uns für eine **Reform der WTO** ein.

- Die Forderung nach einer grundsätzlichen Reform der WTO wird durch aktuelle Entwicklung gestützt. Die EU sieht eine WTO-Reform als wesentliche Priorität, um das Vertrauen in multilaterale Handelssysteme wiederherzustellen. Ein Arbeitsprogramm zur Anpassung der Welthandelsregeln wurde bereits angestoßen.
- Insgesamt verfolgen wir die Strategie, **verstärkt auf bilaterale Freiheitsabkommen** zu setzen. Die EU verhandelt derzeit mit wichtigen Partnerländern wie Indonesien oder Indien, über Freihandelsabkommen. Das kürzlich unterzeichnete Abkommen zwischen der EU und Neuseeland zeigt die Fortschritte in diesem Bereich. **Die Ratifizierung von CETA und Mercosur** würde den Zugang zu wichtigen Märkten verbessern und entspricht den Interessen einer exportorientierten deutschen Industrie.
- Unsere Forderungen nach neuen Verhandlungen und zügigen Abschlüssen bestehender Verhandlungen sind im Einklang mit der aktuellen EU-Handelsstrategie. Zum Beispiel stehen das EU-Chile-Abkommen kurz vor dem Abschluss und auch die Verhandlungen mit Australien, Thailand und Indonesien laufen bereits.

- Die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Standards im Freihandelsabkommen entspricht der aktuellen EU-Praxis, wie im Kapitel über Nachhaltigkeit in EU-Handelsabkommen ersichtlich. Diese Vorschläge zielen darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit der EU im globalen Handel zu stärken und gleichzeitig wichtige Standards zu wahren. Sie entsprechen weitgehend den aktuellen Entwicklungen und Prioritäten in der EU-Handelspolitik.